Freies Wort 10.02.2006

KOMMUNALPOLITIK

Direkte Demokratie und Liebensteiner Praxis

Über die Basisgruppe der Linkspartei/PDS des Altensteiner Oberlandes hinaus hatte das Thema der direkten Demokratie auf kommunaler Ebene begrenztes Interesse gefunden.

BAD LIEBENSTEIN - Einen entsprechenden Gesetzentwurf erläuterte einleitend Roland Hahnemann, der innenpolitische Sprecher der Linkspartei-Fraktion im Thüringer Landtag.

Die aus 21 Organisationen bestehende Initiative „Mehr Demokratie für Thüringen" trage diesen Entwurf, der gemeinsam mit der SPD-Fraktion eingereicht worden sei.
CDU und Landesregierung hätten allerdings schon ihre Ablehnung signalisiert.

Positive Erfahrungen auf diesem Gebiet seien vor allem in Bayern gesammelt worden, betonte Hahnemann, und führte als Kronzeugen den CSU-Innenminister Günter Beckstein an.
Mit dem angestrebten Gesetz sollen zum Beispiel die Quoren, also die zahlenmäßigen Untergrenzen der für ein positives Ergebnis erforderlichen Bevölkerungsanteile, die sich für die jeweilige Initiative aussprechen, gesenkt werden.
Direkte Demokratie soll auch auf Landkreisebene verwirklicht werden. Der ins Gespräch gebrachte Einwohnerantrag ist nicht an die Staatsbürgerschaft gebunden und soll auch Jugendliche von 14 bis 18 Jahren einbeziehen.

Ein Ratsbegehren sieht die Möglichkeit vor, einen Beschluss des jeweiligen Parlaments gleich der Bevölkerung zur Entscheidung vorzulegen. Des Weiteren sollte den Initiatoren eines Volksbegehrens kostenlose juristische Beratung durch das Landesverwaltungsamt gewährt werden. Schließlich wird angestrebt, den gegenwärtigen Negativkatalog von Gegenständen, die überhaupt per Bürger- oder Volksbegehren angefasst werden dürfen, stark einzuschränken. Als Beispiele nannte Hahnemann die Behandlung von Satzungen und Bebauungsplänen.

Die Erweiterung der direkten Demokratie sei schon zu begrüßen, meinte Horst Weinberg vom Bürgerverein Bad Liebenstein. „Aber entscheidend dafür, was der Bürger will, ist immer noch die Wahl", fuhr er fort. „Eine außerparlamentarische Opposition darf auch nicht ins Chaos führen." Eher sollte die Basisgruppe der Linkspartei nachdenken, wie man im Stadtrat etwas gemeinsam für Bad Liebenstein tun könne.

Hermann Höfer vertrat die Auffassung, gewählte Personen müssten sich auch während der Wahlperiode stets fragen: „Was wollen die Menschen, die mich gewählt haben?"
Die ausdrückliche Berücksichtigung der Jugend in dem Gesetzentwurf begrüßte er, vermisste aber deren Beteiligung an der Veranstaltung wie überhaupt die einer breiteren Öffentlichkeit.

Den Auffassungen Horst Weinbergs hielt Roland Hahnemann entgegen, dass mittels direkter Demokratie der Verselbstständigung des Abgeordnetenverhaltens entgegengewirkt werden könne. Und: „Wenn die Bürger mitentscheiden können, sind die Entscheidungen bürgernah und finanzfreundlich."

Werner Hänßler brachte einen Zeitungsartikel zur Sprache, in dem zur Demontage des demokratisch gewählten Bürgermeisters Hans Beck aufgerufen worden sei. Der habe sicher einige charakterliche Schwächen, doch in seiner Amtszeit sei eine Menge erreicht worden, sagte Hänßler und führte mehrere Beispiele auf. Vielmehr solle über Parteigrenzen hinweg nachgedacht werden, wie zum gegebenen Zeitpunkt ein geregelter Wechsel erfolgen könne.

Ralf Kalich, ebenfalls Landtagsabgeordneter der Linkspartei, zeigte sich nach einem Gespräch beim Bad Liebensteiner Bürgermeister beindruckt von der Arbeit, die trotz der aus der Vergangenheit herrührenden Probleme geleistet worden sei und was etwa mit den in Aussicht stehenden Fördermitteln noch geplant ist.

Dazu meinte Stadtratsvorsitzender Franz Kühnert allerdings, viele Probleme entstünden vor allem dadurch, dass sich der Bürgermeister nicht an die Beschlüsse des Stadtrats halte und zum Beispiel anders lautende Verträge abschließe. So habe die Inanspruchnahme besagter Fördergelder auch finanzielle Belastungen der Kommune zur Folge. Zur Darstellung seine Arbeit in der Presse habe der Bürgermeister bislang stets auf mögliche Erwiderungen verzichtet. Die im genannten Artikel verwendeten Informationen habe Hans Beck im Übrigen selbst gegeben. (kar)

„Wenn gesetzlich verankerte Instrumente wie die jährliche Einwohnerversammlung realisiert würden, wären wir schon ein Stück weiter", meinte Horst Weinberg (stehend).
RIO: WERNER KAISER